

DIE ARABISCHEN REVOLUTIONEN AUS DER SICHT ISRAELS

In Israel sass die Skepsis gegenüber den Umwälzungen in der arabischen Welt von Beginn an tief. Die überwiegende Mehrheit der israelischen politischen Elite erwartet, dass der Aufstieg von Islamisten, die neuen Freiräume für Terroristen und die sich wandelnde Rolle der USA in der Region negative Rückwirkungen auf die israelische Sicherheit haben werden. Uneinig sind sich die Israeli, wie das Land auf den Wandel in seiner Nachbarschaft reagieren soll. Netanjahus Kurs der aussenpolitischen Selbstabschottung und militärischen Abwehrbereitschaft findet jedoch breiten Zuspruch.



Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Barak besuchen die Kommandostelle des Raketenabwehrsystems Iron Dome, 24. Oktober 2012.
Reuters / Ronen Zvulun

Auch Israel wurde von den im Februar 2011 einsetzenden Umwälzungen in der arabischen Welt überrascht. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten konnte die israelische Regierung dem «Arabischen Frühling» aber von Beginn an wenig Positives abgewinnen. In einer seiner ersten öffentlichen Stellungnahmen nach dem Sturz des Mubarak-Regimes in Ägypten warnte Premierminister Benjamin Netanjahu, die arabischen Revolutionen könnten analog zur Iranischen Revolution von 1979 dem Islamismus und Radikalismus Auftrieb geben und in einer anti-westlichen und vor allem anti-israelischen Politik jener Staaten resultieren. Netanjahu wies die israelische Diplomatie denn auch an, vor allem

den westlichen Staaten die Gefahren des «Arabischen Frühlings» vor Augen zu führen und die Bedeutung der amtierenden säkularen Machthaber für die Stabilität der Region zu betonen. Im November 2011 führte der israelische Regierungschef in der Knesset aus, wie sich seine Prognosen seiner Ansicht nach bewahrheitet hätten: Der «Arabische Frühling», so Netanjahu, sei zu einem «Arabischen Winter» geworden.

Netanjahu vertritt zweifellos ein Segment der israelischen Politik, das den Umwälzungen in Nahost besonders skeptisch gegenübersteht. Meinungsumfragen haben jedoch gezeigt, dass eine Mehrheit der jüdischen Israeli seinen Pessimismus seit

Beginn der arabischen Aufstände teilt. Die Ansicht, wonach die Revolutionen negative Auswirkungen auf Israels Sicherheit haben werden, ist weit verbreitet. Uneinig sind sich die Israeli allerdings in der Frage, wie das Land auf den fundamentalen Wandel in seiner Nachbarschaft reagieren soll.

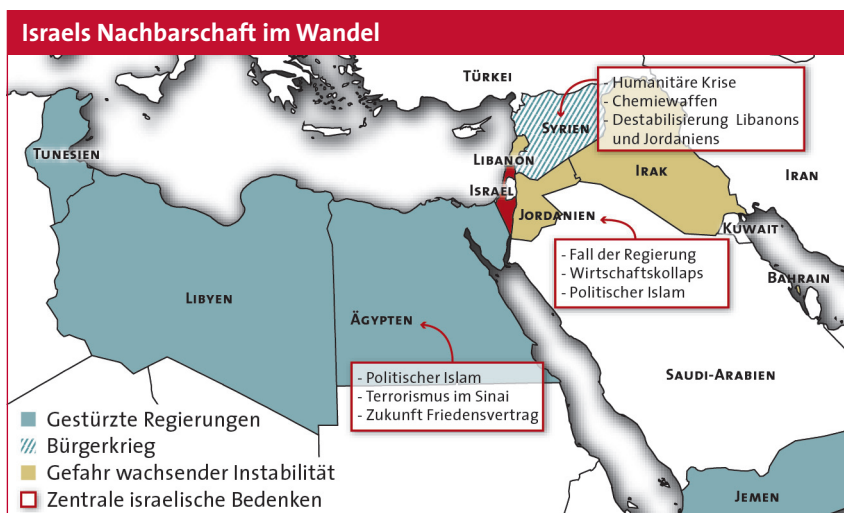
Negative Lageeinschätzung

In der innerisraelischen Debatte zum «Arabischen Frühling» fällt zunächst auf, dass viele Analysen und Kommentare eine Verschlechterung der Sicherheitslage Israels konstatieren. Demzufolge hatten sich die regionalen Machtverhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend zugunsten Israels verändert. Da die meisten postkolonialen arabischen Herrscher gute Beziehungen zum Westen anstrebten, passten sie auch ihre Israel-Politik schrittweise an. Nachdem die Kriege von 1967 und 1973 deutlich gemacht hatten, dass der Konflikt mit Israel militärisch nicht zu lösen war, arrangierten sich viele dieser Herrscher allmählich mit der Existenz Israels.

Wegen der Palästinafrage sah zwar die überwiegende Mehrheit der arabischen Staaten von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ab. Mit den Nachbarstaaten Ägypten und Jordanien vermochte Israel allerdings Friedensverträge abzuschliessen. Auch wenn insbesondere mit Ägypten der Friede kalt blieb, wurde Kairo ein einigermassen zuverlässiger Partner Israels. Auf der Basis des Camp-David-Abkommens pflegte Mubarak nicht nur eine enge

Verteidigungskooperation mit den USA, sondern auch eine Sicherheitszusammenarbeit mit Israel, wobei er innenpolitisch gleichzeitig die Muslimbruderschaft unterdrückte.

Mit Syrien, Israels anderem grossen Nachbarn, blieb das Verhältnis zwar wesentlich schwieriger. Zu einem Rückzug der israelischen Truppen aus den Golanhöhen ist es nie gekommen. Dennoch hat sich Syrien unter beiden Assad-Regimen weitgehend an die Vereinbarungen des israelisch-syrischen Entflechtungsabkommens von 1974 gehalten. Damaskus blieb aus israelischer Sicht ein einigermaßen berechenbarer Feind.



Insgesamt erwies sich Israels Nachbarschaft seit den späten 1970er Jahren in dem Sinne als bemerkenswert stabil, als das Land in keine grösseren zwischenstaatlichen Kriege mehr verwickelt wurde. Militärische Auseinandersetzungen mit nichtstaatlichen Akteuren wie der PLO in den 1980er Jahren oder in jüngerer Zeit mit der Hisbollah und der Hamas waren zwar immer wieder Beleg dafür, dass Israel von einem stabilen Frieden und einer regionalen Integration weit entfernt war. Dennoch waren sich in den letzten Jahren weite Teile der politischen und militärischen Eliten Israels einig, dass sich die Kerninteressen des Staates gegenüber arabischen Gegnern mit einem auf militärische Abschreckung und Vergeltung ausgerichteten Konfliktmanagement bewahren liessen.

Mit den Umwälzungen in der arabischen Welt ist das strategische Umfeld für Israel wesentlich unberechenbarer und in den Augen der meisten Israeli unsicherer geworden. In den entsprechenden Debatten lassen sich drei Themenfelder identifizieren, die in Israel zu besonderer Sorge Anlass geben. Es sind dies die negativen Folgen einer unvollständigen Demokratisierung, die neuen Spielräume für Terroristen und die geopolitischen Machtverschiebungen in Nahost.

Gegenüber den neuen Demokratisierungsprozessen in der Nachbarschaft herrscht in Israel grosse Skepsis. So wird argumentiert, dass Massenmobilisierungen in Gesellschaften mit geringer demokratischer Erfahrung zu undemokratischen Ergebnissen führen können. Als Paradebeispiel gilt Ägypten, wo es populistischen und undemokratischen islamistischen Strömungen des Landes gelungen sei, aufgrund ihres anti-elitären

Anspruchs die Wahlen zu gewinnen. Die Zusicherungen des neuen Präsidenten Mohammed Mursi und der erstarkten Muslimbruderschaft, dass Ägypten demokratische Grundsätze und seine internationalen Verpflichtungen einhalten werde, gelten vielen in Israel als wenig glaubhaft. Auch wenn Umfragen zufolge nur eine Minderheit davon ausgeht, dass Kairo den Friedensvertrag mit Israel für nichtig erklären wird, rechnen die meisten jüdischen Israeli mit einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen. Manche Kommentatoren warnen zudem, dass der öffentliche Druck in Ägypten mittelfristig zunehmen könnte, den Friedensvertrag zu kündigen. Ihre Befürchtungen rühren vor allem daher, dass das mit dem Friedensvertrag zusammenhängende jährliche Hilfspaket der USA für Ägypten stark auf Verteidigungszwecke ausgerichtet ist und wenig dazu beiträgt, die Situation der Bevölkerung zu verbessern (im Jahr 2012 waren US\$ 1,31 Mrd. des US\$ 1,56 Mrd. schweren Paketes von vornherein für ägyptische Waffenkäufe bei US-Rüstungsunternehmen vorgesehen).

Gelegentlich werden in Israel auch Befürchtungen geäussert, wonach die neuen Machthaber in der Nachbarschaft mit einem stramm anti-israelischen Kurs die innenpolitische Versöhnung forcieren und die Schwäche der post-revolutionären arabischen Staaten kaschieren wollen. Zudem wird auf die sicherheitspolitischen Gefahren verwiesen, die von ausser Kontrolle geratenen staatlichen Transformationsprozessen ausgehen. Sorge bereitet insbesondere, dass militärisches Gerät in Staaten mit einer geschwächten Zentralgewalt wie in Libyen oder derzeit in Syrien in die Hände nichtstaatlicher Akteure geraten könnte. Als Worst-Case-Szenario gilt dabei, dass

syrische Chemiewaffen in den Besitz der Hisbollah im Libanon gelangen.

Dies führt zur zweiten grossen israelischen Sorge in Zusammenhang mit den arabischen Umwälzungen, nämlich den wachsenden Freiräumen für Terroristen in der Region. Es gibt in der Tat Anzeichen dafür, dass neue «rechtsfreie» Gebiete in Staaten wie Libyen oder Syrien zu Rückzugs-, Rekrutierungs- und Operationsräumen für al-Kaida und andere dschiha-distische Gruppierungen geworden sind. Zunehmende terroristische Aktivitäten lassen sich auch auf der Sinai-Halbinsel beobachten, die ihrerseits eine Drehscheibe des Waffenschmuggels in den Gazastreifen darstellt. Der Angriff auf einen ägyptischen Militärposten im August 2012 wird in Israel als Indiz dafür gesehen, dass die Gewalt auf der Sinai-Halbinsel zunehmen könnte. Sollte Ägypten seine dortige Militärpräsenz entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages ohne Zustimmung Israels langfristig erhöhen, könnte dies zu bilateralen Spannungen führen.

Drittens verändern sich nach Ansicht vieler Israeli auch die regionalen Machtverhältnisse nicht im Sinne Israels. Da sind zunächst die abnehmenden Einflussmöglichkeiten der USA. Die Argumentation, wonach die Aufstände in der arabischen Welt als Ausdruck des Niedergangs der USA in der Region zu interpretieren seien, mag so nicht stichhaltig sein. Dennoch gehen israelische Beobachter davon aus, dass der Sturz von US-freundlichen Diktatoren Washington zu einer differenzierteren Aussenpolitik im Nahen und Mittleren Osten veranlassen wird. Sollten sich die USA künftig weniger parteiisch gegenüber Israel verhalten, hätte dies negative Auswirkungen auf die israelische Abschreckungsfähigkeit.

Der Aufstieg Irans und der Türkei dürfte sich nach Einschätzung vieler Israeli aufgrund der akuten Schwäche vieler arabischer Staaten beschleunigen, wobei der Konflikt um das iranische Nuklearprogramm derzeit wie kein zweites Thema die sicherheitspolitischen Debatten in Israel dominiert. Allerdings kann man derzeit auch in Israel nur spekulieren, wie sich die Entwicklungen in Syrien auf die regionalen Machtverhältnisse auswirken. Der Sturz Assads würde

Viele Israeli zweifeln ganz grundsätzlich an der Friedensbereitschaft arabischer Staaten.

zwar den Aufstieg Irans relativieren und die Position der Hisbollah schwächen. Die Hamas ihrerseits hat sich bereits von Assad abgewandt und sieht sich zu einer strategischen Neuorientierung gedrängt. Gleichzeitig fürchtet Israel aber ein Ausgreifen der Instabilität in Syrien auf bisher vergleichsweise stabile Staaten wie Saudi-Arabien oder Jordanien. Ein «Arabischer Frühling» in Riad könnte die anti-iranische Allianz in der Region massiv schwächen. Innenpolitische Umwälzungen in Jordanien wiederum dürften der Palästinafrage neue Dringlichkeit verleihen.

Aussenpolitische Selbstabschottung

So weit verbreitet die Skepsis in Israel ob der arabischen Umwälzungen auch ist: In der Frage, wie Israel auf den Wandel seines Umfelds reagieren soll, sind die Israeli geteilter Meinung. Dabei lässt sich, stark vereinfacht gesagt, ein Graben zwischen Vertretern der Mitte und des rechten politischen Flügels einerseits und der israelischen Linken andererseits feststellen. Erstere betonen vor allem die Bedrohungen für Israel, die von den arabischen Revolten und Revolutionen ausgehen, und plädieren für eine Politik der Selbstabschottung und militärischen Aufrüstung. Vertreter der Linken verneinen diese Bedrohungen zwar nicht, weisen aber auf sich neu bietende Chancen hin und setzen sich für einen Kurs der konstruktiven Zusammenarbeit mit den arabischen Nachbarn ein. Während diese Sicht der Dinge vor allem in akademischen und intellektuellen Kreisen Anklang findet, neigen die meisten Mitglieder der Netanjahu-Regierung wie auch weite Teile des politischen Establishments generell zur Abschottungsstrategie – was seinerseits wiederum den seit Jahren anhaltenden Niedergang der einst mächtigen Arbeiterpartei widerspiegelt.

Viele Vertreter des Abschottungslagers kritisieren die Rolle der USA und anderer

westlicher Staaten im «Arabischen Frühling», insbesondere deren Fallenlassen von Mubarak im Rahmen der ägyptischen Revolution. Durch die Unterstützung der ägyptischen Protestbewegung hätten die USA, so die Argumentation, an Glaubwürdigkeit in der Region und Vertrauen bei ihren Verbündeten verloren. Darüber hinaus hätte der naive Glaube an eine Demokratisierung im Nahen Osten den gut organisierten islamistischen Gruppierungen den Weg an die Macht geebnet und dem Terrorismus Tür und Tor geöffnet. Auch die Deutung des «Arabischen Frühlings» als Zeichen des Niedergangs von al-Kaida habe sich als blauäugig erwiesen.

Auffällig ist, dass viele Vertreter dieses Lagers kaum zwischen moderaten und radikalen islamistischen Gruppierungen unterscheiden und sich zumindest in der Öffentlichkeit nur begrenzt um eine differenzierte Bedrohungsanalyse bemühen. Indem alle Bedrohungen als existenziell bezeichnet werden und die Möglichkeit einer Bedrohungsverringerung durch eine konstruktiv-ausgreifende israelische Politik nicht in Betracht gezogen wird, rückt die militärisch gesicherte Abschottung ins Zentrum der Strategiediskussion. Die Haltung, wonach allein Israel für die Sicherheit und das Überleben des Staates verantwortlich und seine militärische Schlagkraft deshalb von entscheidender Bedeutung sei, ist in den politischen und strategischen Eliten des Landes seit jeher stark verankert. Viele Vertreter des Abschottungslagers zweifeln ganz grundsätzlich an der Friedensbereitschaft der arabischen Staaten und setzen sich für eine Sicherheitspolitik ein, die sich am Worst Case orientiert.

Folgerichtig fordert diese Gruppe eine Stärkung der israelischen Abschreckungsfähigkeit. Die Verteidigungsausgaben sollten erhöht und insbesondere die Raketenabwehrsysteme ausgebaut werden. Teil dieses Denkschemas sind auch Überlegungen, wie die USA längerfristig an der Seite Israels gehalten werden können. Netanjahu ist bei Weitem nicht der einzige Vertreter dieses Lagers, der wohl auch deshalb die Bedrohungslage Israels bisweilen überzeichnet, weil er sich damit die Unterstützung der USA sichern will – aller israelischen Kritik an der Administration Obama zum Trotz. Grosse Bedeutung wird in diesem Zusammenhang insbesondere einem israelisch-amerikanischen Schulterchluss

in der Iranpolitik beigemessen. Sollte sich Israel zu einem Militärschlag entscheiden, wäre ein gemeinsames Vorgehen mit den USA nicht nur aus militärisch-operativen, sondern auch aus politisch-strategischen Überlegungen von grosser Bedeutung – im Sinne einer Signalwirkung an das regionale Umfeld.

Hinsichtlich der Palästinafrage vertritt diese Gruppe die altbekannte Haltung, dass diese Zeiten grosser Unsicherheit kein geeigneter Moment für eine Lösung des Konflikts und für israelische Zugeständnisse darstellen. Kritik an der Ausweitung der israelischen Siedlungsaktivitäten im Westjordanland ist aus diesem Lager kaum zu hören. Vielmehr wird bisweilen Unverständnis darüber geäussert, dass dem Palästina-Konflikt so viel internationale Aufmerksamkeit zukommt und Israel immer wieder an den Pranger gestellt wird, wenn doch arabische Diktatoren ihre Bürger viel schlimmer behandeln und, wie im Falle Assads, gar abschlachten liessen.

Mehr Engagement

Dasjenige Lager in der innerisraelischen Debatte über die arabischen Umwälzungen, das die Chancen dieser Entwicklungen für Israel hervorhebt, mag im politischen Establishment unterrepräsentiert sein. Es umfasst jedoch führende Akademiker und Intellektuelle, die ein wichtiger Bestandteil der israelischen Eliten sind. Es handelt sich deshalb keineswegs um eine marginale Gruppe – auch wenn diese international mitunter breitere Beachtung zu finden scheint als zu Hause.

Diese Gruppe plädiert dafür, dass sich Israel trotz aller gegenwärtigen Unwägbarkeiten aktiv für eine Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten einsetzen und auf eine Politik des Engagements statt des Rückzugs bauen sollte. Damit zusammenhängend argumentiert sie auch für einen differenzierteren Blick auf den Wandel in der arabischen Welt. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe und Charakteristika der Revolutionen, so wird betont, variierten von Land zu Land. Dementsprechend nuanciert und länderspezifisch müsse auch die israelische Reaktion ausfallen. Insbesondere gelte es, Möglichkeiten für kooperative Massnahmen und positive Gesten vonseiten Israels auszuloten.

Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, das schlechte Image Israels in den arabischen Staaten und insbesondere in den

dortigen Bevölkerungen zu verbessern. Die meisten Vertreter dieses Lagers denken dabei weniger an direkte politische oder militärische Unterstützung für einzelne Akteure in den Aufständen, sondern vielmehr an ein unparteiliches Engagement etwa in Form humanitärer Hilfe zur Linderung der Not. Sie sind sich allerdings sehr wohl bewusst, dass entsprechende Angebote nicht überall auf Akzeptanz stossen würden, selbst wenn die israelische Regierung einen solchen Kurs fahren würde.

Ein bekannter Befürworter einer aktiveren Rolle Israels ist Mark A. Heller vom israelischen Institute for National Security Studies. Dieser anerkennt zwar, dass Israels Einflussmöglichkeiten im Kontext der arabischen Umwälzungen begrenzt sind, regt aber an, die vorhandenen kleinen Spielräume umso konsequenter zu nutzen. Konkret schlägt Heller eine Reihe von Massnahmen vor, die zusammen einen «Frühling» von Israels Aussen- und Verteidigungspolitik bewirken sollen. Dazu gehört etwa wirtschaftliche Hilfe an Jordanien, vor allem zur Linderung des dortigen Wasser- und Treibstoffmangels. Damit sollen gleichzeitig das jordanische Regime stabilisiert und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass König Abdullah die versprochenen politischen Reformen umzusetzen kann. Auch solle Israel die Öffnung von Kommunikationskanälen gegenüber den Islamisten und anderen neuen politischen Kräften in der Region prüfen. Ebenso schlägt Heller vor, dass sich Israel konstruktiv zur Arabischen Friedensinitiative von 2002 äussert, gemäss derer die arabischen Staaten eine Normalisierung der Beziehungen anbieten, wenn Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückzieht und einen Palästinenserstaat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt akzeptiert. Erneute Anstrengungen zur Lösung des Palästina-Konflikts wären gemäss ihm essentiell, um das seiner Meinung nach «vergiftete» Image des Landes in der Region zu verbessern.

Viele Exponenten der israelischen Linien argumentieren seit Langem, dass der Schlüssel zur Verbesserung der Beziehungen mit den arabischen Nachbarstaaten bei der Palästina-Politik Israels liegt. Viele von ihnen haben in den letzten Jahren gewarnt, dass die Zeit für eine Zweistaatenlösung bald ablaufe. Manche von ihnen weisen nun umso vehementer darauf hin, dass das veränderte Umfeld und die neue ägyptische Regierung für den Friedensprozess eine Chance darstellen können. Der

ehemalige Verteidigungsminister Amir Peretz etwa meinte im August 2012, die Muslimbruderschaft habe sowohl die Fähigkeit als auch ein Interesse daran, die Hamas dazu zu bewegen, ein von Präsident Abbas unterzeichnetes Friedensabkommen mit Israel zu akzeptieren. Mit seinem Aufruf zu neuen Friedensverhandlungen vertritt er eine Position, die vor allem in westlichen Hauptstädten grossen Anklang findet. Weniger als ein Drittel der jüdischen Israeli glaubt heute allerdings noch daran, dass es in den kommenden Jahren zu einer Frie-

densvereinbarung mit den Palästinensern kommen wird.

Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexpertin für diese Analyse:
Tova C. Norlén
tove.norlen@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: Zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladin
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement